

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auswärts Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jahrbuch 150 Nummern

Leipzig, den 15. August 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate u. dgl. 15 Pfennig die Zeile. Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 20 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 92.

Grober Unfug.

Wir schreiben jetzt Mitte August. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Tarifrevision tiefere Schatten vorauswirft. In unsern schattenlosen, von sengenden Sonnenstrahlen erfüllten Tagen könnte es schon recht sein, wenn man vor der unaussprechlichen Sonnenglut sich in eine kühle Zufluchtsstätte retten könnte. Aber mit diesen der Tarifrevision vorausgehenden Schatten ist gleich gar nichts getan, die erhöhen vielmehr noch die glühendheiße Temperatur. Das ist zwar weniger von der soeben erschienenen Tarifrevisions-Spezialnummer des „Typograph“ zu sagen, in der auf nicht weniger als zehn Seiten der blauen Wunder so viele gesehen werden können, daß das Klare, leider nur schon zu sehr gewöhnte Blau am Himmelsdome dagegen eine greuliche Mischfarbe ist.

Das Bundesorgan will mit diesem durch einen gros betriebene Zitatenschusterei und Demagogie noch unverdaulicher als sonst gewordenen Massengeschreibsel „zur Aufklärung unter den Verbandmitgliedern und andern Kreisen, die an der Tarifrevision interessiert sind“, das „Nötige“ besorgen. Die Demotikennatur der sogenannten führenden Männer im Gutenbergbund ist noch niemals so deutlich zum Vorschein gekommen als in dieser Spezialnummer. Sie gehen jetzt „umschauen“! Aber nicht frohgemut und erhobenen Hauptes wie der Hilfe und Stärke ihrer Organisation wohl bewußte wandernde Gesellen, sondern wie gewöhnliche Fechtbrüder, die alles nehmen, was ihnen mit der Geste des Widerwillens hingeworfen wird. Wie man hört, soll bei einem Teile der von der bündlerischen Landplage heimgesuchten Prinzipale die Absicht bestehen, gegen dieses lästige Vorklopfen einen Verein gegen Hausbettelei zu gründen. Der Anblick dieser fortgesetzten Raubdeleien, die sich nach echter Fechtbruderart mit einer gehörigen Portion Unverschämtheit paart, muß ja auch anständige Menschen mit Ekel erfüllen.

Wie in unserm Gewerbe die patenten Bundesleuchten sich immer mehr auf öffentliche und noch mehr auf die geheimen Bittgänge verlegen und einem selbstbewußten Arbeiterstandpunkte damit kräftiger noch als vordem ein Gesicht schlagen, so ist bei den christlichen Gewerkschaftsführern überhaupt die Scham allgemach zu den Hunden entflohen. Intrigieren und Demunzieren ist mehr und mehr zum Metier geworden bei diesen Leuten, die immer noch vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, die aber in Wirklichkeit allen Scharfmachereien gegen die Arbeiterorganisationen Vorschub leisten und auch sonst mit allen nur erdenklichen Helfersdiensten der Reaktion beispringen. Wenn Dr. Tänzler, einer der führenden Geister in der ober-scharfmacherischen Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, aus der Generalversammlung der Papierfabrikanten für den vielberufenen „Terrorismus der klassenkämpferischen Gewerkschaften“ neulich die christlichen Kapitäne als Kronzeugen aufrufen konnte, indem er sagte: „Mir ist persönlich von Führern von Arbeitern anderer Gewerkschaften, speziell der christlichen, eine Fülle von Tatsachen vorgebracht worden, die man einfach für ungläublich hält“, dann weiß man nun, daß sich diese „Arbeiterführer“ nicht mehr damit begnügen, in ihrer Presse den scham-

losen Kampf gegen die eigentlichen Gewerkschaften zu führen. Sie haben vielmehr jetzt den größeren Erfolg versprechenden Weg der geheimen Vernehmung eingeschlagen. Beim Antichambrieren und Audienzeln in den Scharfmachergeneralquartieren kann dann auch das „Tatsachenmaterial“ besser an den Mann gebracht werden. Die Öffentlichkeit merkt nichts. Es kann nicht kontrolliert werden, was an der „Fülle von Tatsachen“ Wahrheit oder Dichtung ist; also kann sich die große Fertigkeit der Gewerkschaftsschreiber im Lügen und Schwindeln ungehindert betätigen. Es ist ein teuflischer Plan, aber er entspricht dem sauberen Handwerk dieser mit dem christlichen Begriffe Schindluder treibenden ehrgeizigen und herrschsüchtigen Streber. Das eine Gute hat jedoch diese neueste Erweiterung des christlich-gewerkschaftlichen Tätigkeitsfeldes: Es ist nämlich nun vollständig erwiesen, was immer und immer schon starke Vermutung war, daß nämlich die christlichen Gewerkschaften nicht nur einen Damm gegen die sozialdemokratische Flut zu bilden berufen, sondern daß sie auch direkt dem Unternehmerinteresse dienlich sind. Und der famose Gutenbergbund? Er ist nicht besser, sondern eher noch schlechter als seine Adoptivväter! Darüber ein andermal mehr.

Schlünimer als der im „Typograph“ für ganze 4,4 Proz. der deutschen Buchdrucker (der Gutenbergbund hat trotz der mit schier übermenschlichen Anstrengungen und auch allen Mitteln betriebenen Agitation seit seiner Vergriffelung) nicht einmal mit der durch die Entwicklung unsres Gewerbes bedingten Zunahme der Gehilfenzahl Schritt halten können!) verübte Unfug ist aber das, was man vereinigt in der Presse dieser Tage lesen konnte an Perspektiven über den Ausgang der Tarifverhandlungen.

So berichtete die „Zeitschrift“ am 11. August über einen in einem Fachblatte für Schriftsteller in gleicher Richtung begangenen Unfug. Dieses in Berlin unter dem Titel „Schrifttum und Presse“ erscheinende Organ hält einen allgemeinen Streik nach Ablauf des jetzigen Tarifs nicht nur für recht wahrscheinlich, sondern es zeigt sich so großartig „informiert“, daß es meint: „Unter Umständen kann es März werden, ehe alles wieder ins rechte Gleise kommt.“ Der Mann, der das auf's Papier gebracht, hat sicher noch nicht erfahren, ein wie schlechtes Geschäft das Prophezeien ist. Es wäre aber falsch, wollte man diesen Kriegspropheten unter die Leute rechnen, die sich an dem Marokkoprobleme gegenwärtig noch eine besondere Erziehung leisten und nun die ganze Welt in Flammen sehen. Den prophetischen Schriftsteller bangt im Grunde nicht so sehr um einen Buchdruckerstreik, sondern er befürchtet, die Druckereibesitzer (da er nicht von Verlegern spricht, scheint der Artikelschreiber zu den kleineren Kirchenlichtern zu zählen) würden auch nach einem Buchdruckerstreik den Gehilfen einen Teil ihrer Forderungen bewilligen, sich selbst aber an den Schriftstellern schadlos halten. Der Mann ist naiv, das bestätigt ihm auch die „Zeitschrift“, die außerdem dem Angsthasen erklärt, er sehe zu schwarz. Trotzdem kann ihm der Vorwurf nicht erspart werden, groben Unfug verübt zu haben. Vermag dieser Federheld jetzt nichts Besseres aus seinem Dintenfaße heraus zu holen, dann soll er lieber „streiken“, bis ihm bessere Einfälle kommen.

Am schlimmsten hat es aber die ebenfalls in Berlin erscheinende „Deutsche Montagszeitung“ getrieben. Die Berliner Montagsblätter verfolgen mehr oder weniger den Zweck, in Sensation zu machen. Wenn diese Tendenz aber so weit geht, daß man sich nicht scheut, einen Artikel mit der Überschrift „Deutschland ohne Zeitungen“ zu bringen, der mit dieser Möglichkeit zum 1. Januar 1912 rechnet, dann ist das ein Beginnen, das wir nicht so hingehen lassen möchten, damit der Unfug nicht noch größer wird. Daß er jetzt schon gerade groß genug ist, mag der nachfolgende Auszug aus dem Kriegsartikel der „Deutschen Montagszeitung“ zeigen:

Die Arbeitnehmer fordern eine Lohnerhöhung, wie es heißt, von sieben bis zehn Prozent. Es verlautet, daß in den Arbeitgeberkreisen des Buchdruckergewerbes nur zum Teil Neigung besteht, den Ansprüchen der Arbeiter zu willfahren. In einzelnen deutschen Städten ist den Arbeitnehmern schon mitgeteilt worden, daß die Zeitungsverleger einen Streik oder eine Aussperrung einer Lohnerhöhung vorziehen würden. Es schweben bereits Verhandlungen, die darauf hingingen, in den einzelnen Städten ein gemeinsames Vorgehen der Verleger, wie es jüngst in Berlin seitens der Firmen Möbse, Scherl und Wlstein in Erscheinung trat, herbeizuführen. Es muß also damit gerechnet werden, daß am 1. Januar 1912 — an diesem Tage müßten die geforderten Lohnerhöhungen in Kraft treten — eine Reihe von deutschen Zeitungen nicht erscheinen kann: entweder weil die Drucker streiken, oder weil die Arbeitgeber zur Aussperrung schreiten. Allerdings würde das zu einer bedenklichen Lähmung des öffentlichen Lebens führen, zumal Deutschland gerade dann ohne Zeitungen wäre, wenn es ihrer am meisten bedarf: nämlich in der letzten Etappe des Reichstagswahlkampfes.

Wir möchten die Zeitungsverleger in ihrer Allgemeinheit nicht mit diesem Artikel identifizieren, denn bei allem, was man von dieser Seite in der Frage der Tarifrevision schon erleben mußte, wird man diesen plumpen Fühler wohl doch nicht auf ihr Konto setzen können. Zur Beunruhigung hat der Zeitungsverlegerverein allerdings schon genug getan, und was seine Resolution auf der Berliner Hauptversammlung anbetrifft, so wissen unsere Leser ja aus der zweiten Rundschau notiz in Nr. 81, welche Meinungen sie allgemein ausgelöst hat, obwohl sie in dem Leitartikel in Nr. 73 bereits die richtige Kommentierung gefunden hatte. Der in Frage stehende Artikel des gedachten Berliner Blattes hätte also schon darin einige Unterlagen.

Ist es aber nicht grober Unfug, alles in Alarm zu setzen, wo man die Forderungen der Gehilfen-schaft offiziell noch gar nicht kennt? Ist das nicht der gleiche Unfug, als wenn die Gehilfen den Prinzipalen zurufen würden: „Was Ihr auch bewilligen werdet, es genügt uns nicht, wir streiken!“ Da der Artikelschreiber zweifellos mit Zeitungsverlegerkreisen Fühlung hat, so muß man seine Ausführungen immerhin als einen gewissen Ausfluß der dort herrschenden Anschauungen betrachten. Das ist das Bedauerliche.

Während alle andern Kreise des Gewerbes das ehrliche Bestreben haben, zu einer annehmbaren Verständigung zu gelangen, ist in Zeitungsverlegerkreisen nicht erst seit heute oder gestern eine Strömung bemerkbar, die es auf eine Machtwort angelegt zu haben scheint. Der vorstehend zum Teil wiedergegebene Artikel der „Deutschen Montagszeitung“ spricht es ja auch trocken und ohne Um-

schweife aus. Und man geht wohl nicht fehl in der Ansicht, daß gerade der solventere Teil der Zeitungsverleger auf dieser Seite zu finden sein wird. Eine schwere Verantwortung, die durch die hier gekennzeichneten Beunruhigungen die auf sich laden, die als ihre Urheber in Betracht kommen! Wir sind heilfroh, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden zu können.

Zu dem Artikel selbst resp. zu dem Kriegsgefahr ist auch noch einiges zu sagen. Zunächst, daß das Publikum einen Bruch seines Abonnementsvertrags gewiß nicht ein zweites Mal so ruhig hinnehmen dürfte als bei dem jüngsten Akte der vielgepriesenen „Berufssolidarität“ der Firmen Scherl, Illstein und Mosse. Wir würden es sogar bebauern, wenn die Abonnenten sich stillschweigend eine sogenannte Streik Klausel aufzwingen lassen würden. Die „Magdeburger Zeitung“ hat seit Jahresbeginn ihren Lesern eine solche Zumutung gestellt; allein wir wissen auch, daß die Postverwaltung sich anschießt, die Ansprüche der Abonnenten in bestimmter Form zu sichern. Wenn wir bei dem Berliner Konflikt zu Erscheinungen, wie der hier besprochenen, wenig gesagt haben, so nur deshalb, weil das Unrecht zu sehr auf Gehilfenseite lag. Demgemäß fiel auch unser Urteil aus. Liegt aber die Sache anders, dann wird man uns ebenso oder noch entschiedener auf dem Posten finden, etwaigen Nachproben von Zeitungsverlegern entgegenzutreten, denn wir sind grundsätzlich für eine Verständigung.

Da der angegriffene Artikel mit verschiedenen Möglichkeiten rechnet, so seien kurz auch einige Unmöglichkeiten erwähnt. Zunächst die größte: „Deutschland ohne Zeitungen!“ Der Artikelschreiber hat wohl einmal etwas Ähnliches von Schweden und Finnland gehört. Was aber dort möglich war, ist auf das hochindustrielle und -kommerzielle Deutschland nicht einfach mechanisch zu übertragen. Daran ändert auch nichts die in dem Berliner Falle von 19 weiteren Blättern erfolgte Sympathieerklärung. Zwischen Sympathisieren und Realisieren ist doch noch ein Unterschied, zwischen Hauptstadt und Provinz ein weiterer und zwischen Provinz und plattem Lande nochmals einer. Es ist ja ganz schön, von Gemeinsamkeit der Interessen zu reden, und wir wollen auch diesem Falle das Wort von der Berufssolidarität nicht ohne weiteres zu den Unmöglichkeiten werfen. Aber die Großstadtpresse ist der Provinzpresse doch eine gar zu gefährliche Konkurrentin, und die Provinzzeitungen befinden sich insofern in einer noch übleren Lage, als die sie ohnehin hart bedrückende sozialdemokratische Tagespresse mit ihren über 70 Blättern dann ihnen noch mehr das Wasser abgraben würde, auch im Inseratengeschäfte. Das ist der Umstand, der in keinem andern Land in einem solchen Fall eine gleich große Rolle spielen würde. Mit den Verpflichtungsscheinen, die der Zeitungsverlegerverein — für seine Mitglieder natürlich nur — einzuführen gedenkt, ist es trotz der Versicherung, daß man dabei eine die gesetzlichen Fußangeln vermeidende Form gefunden haben will, auch noch eine eigne Sache. Die Organisation der Steinlegemeister hat erst vor kurzem erfahren müssen, daß es damit nichts ist. Das Landgericht Halle a. S. hat einfach einstweilige Verfügungen gegen diesen Arbeitgeberverband erlassen, diese Verpflichtungsscheine nicht zur Einführung zu bringen. Damit war auch der allgemeine Widerstand gegen die Bewilligungen der Arbeiterforderungen gebrochen. Mit den Reichstagswahlen hat sich der Artikelschreiber nun aber am gründlichsten verrechnet. Sie finden nämlich, wie nunmehr feststeht, erst im Januar statt; also gerade in der Zeit, wo der nach unserm Wunsch in friedlicher Vereinbarung zustande gekommene neue Tarif zur Einführung kommt. Da wird sich die Prinzipalsmehrheit des Buchdruckgewerbes schönstens bedanken, die öffentliche Meinung gegen sich aufzubringen durch eine Ausperrung der Buchdruckergehilfen. Mit den Hilfsarbeitern, deren Tarif doch mit dem unstrigen abklingt, rechnet der Artikel überhaupt nicht. Und doch ist das ein sehr wesentliches Moment.

Es ist also größter Unfug, solche Katarennachrichten in die Welt zu setzen. Wir wenden

uns ganz entschieden dagegen und ersuchen nochmals, kalt Blut zu bewahren und solchen Kriegsgehens hübsch zu unterlassen. Unsere Alldeutschen haben sich in der Marokkofrage gerade genug festgeritten, die „Alldeutschen“ in den Kreisen unseres Gewerbes können sich vor einer ähnlich fatalen Situation am besten bewahren, wenn sie sich nicht noch künstlich erhängen. Das „Si vis pacem, para bellum“ (wenn du Frieden haben willst, rüste den Krieg) ist ja ein ganz schönes Wort. Allein wenn man sich zu viel mit ihm beschäftigt, dann stellt sich manchmal wohl ein nicht mehr zu zügelnder Latendrang ein, und dann merkt man erst, daß man auf einem falschen Pferde sitzt.

Die „Bergische Arbeiterstimme“

bringt das ungläubliche Demagogentstück fertig, gegen den dieses Organ zur Arbeitervergebung betreffenden Passus in unserm Anmerkung zu dem Solinger Versammlungsbericht in Nr. 59 in Entrüstung zu machen, den an der Spitze der gleichen Nummer erschienenen Protestartikel unres Solinger Ortsvorstandes aber totzuschweigen. In diesem Artikel wird das Gebahren der Redaktion der „B. A.“ in Sachen des Berliner Konflikts also gegeistelt:

Die Solinger Buchdrucker halten es eines Arbeiterblattes für unwürdig, daß dieses in einer solchen Art und Weise, wie es hier gesehen, eine freie Organisation bzw. deren Leitung und einen Teil der Mitglieder, welcher nicht seine Ansicht teilen kann, aber immerhin das Beste für seine Organisation erstrebt, bekämpft. Die Solinger Buchdrucker hoffen, daß die obengenannten Blätter die bis jetzt gepflogene Polemik gegenüber den Buchdruckern unterlassen, da dieselbe nur zur Erbitterung führen kann und nicht dazu angetan ist, der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen zu dienen.

Die „Objektivität“ dieses Blattes und die bei ihm übliche „Meinungsfreiheit“ finden dann eine einfach blamable Kennzeichnung mit der Feststellung, daß seine Redaktion die Verwahrung des Solinger Ortsvereins gegen solche Kampfesweise und derartige Beschimpfungen höhnend zurückweist.

Woher die „B. A.“, nachdem sie also den Tiefstand ihrer journalistischen Moral augenfällig darzulegen, dann den traurigen Mut nimmt, an dem Solinger Versammlungsberichte zu rühmen, daß er für den „Korr.“ recht unangenehme Sätze enthält und manches wahre Wort über den Berliner Fall darin zu lesen sei, um damit zu bezeugen, wie ausnehmend ihr die Verbündung gegenständlicher Anschauungen über dieser Konflikt und scharfer Verurteilung des „Korr.“ von Seiten unserer Solinger Kollegen gefällt, wo dieses für Wahrheit, Freiheit und Recht (theoretisch) eintretende Blatt doch den Solinger Buchdruckern soeben erst demonstriert hatte, daß bei ihm keine andre Meinung als die der Redaktion zum Worte kommen darf, das begreife wer kann. Der „Korr.“ hat eine höhere Auffassung von der Meinungsfreiheit, sonst würden die mannigfachen Gegenstimmen in der Berliner Angelegenheit einfach nach dem Beispiele der „B. A.“ unterdrückt werden. Statt sich da den „Korr.“ zum Vorbilde zu nehmen, wird von diesem sozialdemokratischen Blatt autokratisch und systematisch jede andre Meinung mit einer Verweisung an die Preßkommission abgetan. Das mag man sogar einer Korporation wie dem Ortsvereine Solingen unseres Verbandes zu bieten! Wie mag es da erst einzelnen ergeben, die einmal nicht einverstanden sind mit der von einer solchen Redaktion fabrizierten öffentlichen Meinung? Es haben ja auch noch andre Mitgliedschaften im Verbreitungsbezirke der „B. A.“ gegen deren schimpfliches Verhalten unsern Verband gegenüber Protest eingelegt. Da wird diese Redaktion auch auf manchen „recht unangenehmen, aber den Tatsachen Rechnung tragenden Satz“ stoßen und nicht nur „ein wahres Wort zu lesen“ finden und — deshalb diese Proteste schleunigst dem Papiertorb einverleiben! Dießelbe Freude wird sich aber auch wohl ferner in den Spalten dieses Blattes ausdrücken, wenn dem „Korr.“ von dem andersondenden Teil unserer Mitglieder aufs Daß gefliegen werden sollte. Man wird sich weiden an diesen manchmal recht großen Blattheiten. Wehe aber, wenn bei der „B. A.“ einmal jemand gegen den Stachel lecken will! Und wenn Verbandsmitgliedschaften nochmals gegen die Solinger „Objektivität“ und Schimpferei zu Felde ziehen sollten, dann tut man es auch wieder dem wackeren Vogel Strauß gleich. Es ist doch ein Trauerspiel ohnegleichen, wie von solchen Volkstribunen den Massen alles Mögliche von Demokratie erzählt wird, und wie dann bei einer Probe aufs Exempel diese gepriesene Demokratie und Meinungsfreiheit sich als nackter Absolutismus entpuppt. Von der Belligung der eignen Leser gar nicht zu reden.

Die in der Redaktion der „B. A.“ stehenden „alten“ Verbandsmitglieder, die jederzeit ihre Pflicht der Organisation gegenüber getan“, begehren auch auf, weil wir — ihre eigne Betätigung bei den schändlichen Angriffen als offene Frage hinstellend — ihnen sagten, was von solchen Verbandsmitgliedern angeht derartige Vorkommnisse zu halten ist. Es ist ja recht bezeichnend, wenn uns vorgehalten wird, wir hätten uns erst vergewissert sollen: „ob die beiden in Frage kommenden Verbandsmitglieder mit der Streitsache überhaupt etwas zu tun hatten“. Soll damit gesagt sein, daß die bewußten

Beschimpfungen, die auch von andern Parteiblättern und verschiedenen Gewerkschaftsorganen entschieden verurteilt und bezeichnenderweise nur von der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ ausdrücklich verteidigt wurden, nur eine Privatleistung des Herrn Dittmann sind? Die beiden „alten“ Verbandsmitglieder“ würden sich damit allerdings eine Statutenrolle zuweisen (die sie bei der Ablehnung der Erklärung des Solinger Ortsvorstandes ebenso „glanzvoll“ gespielt hätten), um die sie niemand beneiden wird. Es ist in den letzten Wochen viel davon die Rede gewesen, und zwar gerade von den rabiatsten Blättern und Rednern, daß die Disziplin nicht zum Kabarettgebot werden dürfe. Darum aber muß sich dieses geistig gewordene Wort gerade an der überredlichen „B. A.“ so rächen? Weshalb denn dem hyperrabiaten Herrn Dittmann gegenüber diesen Kabarettgebot?

Wenn die beiden in Frage kommenden Verbandsmitglieder von sich die Meinung haben, sie hätten „jederzeit ihre Pflicht der Organisation gegenüber getan“, so erklären wir demgegenüber: In der Berliner Angelegenheit haben sie diese ihre Pflicht verfehlt! Wären sie das, als was sie sich ausgeben, dann hätten sie handeln müssen wie jener uns bekannte Kollege, der ein sozialdemokratisches Blatt nur verantwortlich zeichnete, sonst aber sein Lagerwerk am Kassen verrichtete, der aber in der Oppositionszeit die Aufnahme von unsachlichen Angriffen auf den Verband und seine Leitung verschiedentlich verweigerte und durchsetzte. Das nennt man auf einem solchen Posten die Pflicht der Organisation gegenüber erfüllen! Die beiden verdienten Verbandsmitglieder in Solingen aber erschauern in Demut vor dem arg verananten Herrn Dittmann.

Die „B. A.“ unternimmt auch einige klägliche Reinwaschungsvorwürfe. Sie will den Verband nicht als solchen eine „gelbe Streikbrecherorganisation“ und eine „Schutztruppe des Unternehmertums“ genannt haben. Der „Korr.“ lese absichtlich etwas Falsches in ihre Auslassungen hinein, eine „faustdicke Büge“ sollen unsre vermeintlichen Unterstellungen sein. Nun, ihren Lesern kann ja die „B. A.“ alles weismachen, und deshalb sagt sie ihnen auch nicht, daß wir bereits in Nr. 79 ihre lobigen Schmähungen — die, wie diese Redaktion unserm Solinger Ortsvorstand erklärte, nur „den famosen Führern“ dieses Verbandes gelten sollen — im Wortlaute gebracht haben. Und dieser Wortlaut ist es auch gewesen, der die Gewerkschaftspresse und sogar einige Parteiblätter auf den Plan rief gegen solche erbärmliche Beschimpfungen, die tatsächlich das Ordinarische waren, was bei dieser Buchdruckerjunge überhaupt geleistet worden ist. Es gibt eben da nichts zu beschönigen, zu bemänteln oder zu bestreiten.

Wir möchten zur Erbauung der Solinger Vorbilder von Objektivität und Sachlichkeit noch zum Teil das Urteil der „Buchdruckerzeitung“ vom 5. August reproduzieren, als bester Verfasser augenscheinlich der Verbandsverbände Klöße in Frage kommt, der über den Berliner Fall nicht nur den Solinger Unentwegten zur Beherzigung schreibt: „Wer übrigens, wie Schreiber dieses, der letzten Generalversammlung des Buchdruckerverbandes in Hannover beigewohnt hatte, auf der schon der Scherliche Konflikt eine Rolle spielte und weshalb die Generalversammlung der Verbandsvorstand einstimmig beauftragte, mit den schärfsten Mitteln gegen die Disziplinbrecher vorzugehen, der konnte nicht darüber im Zweifel sein, daß sowohl der Verbandsvorstand als auch die Gauvorsteherkonferenz gar nicht anders als geschehen handeln konnten. Auch dem Tarifante kann man keinen Vorwurf machen betreffs seines Beschlusses über die Vertrauensmänner. Letzten Endes läßt sich die angezweifelte Kompetenz des Tarifamtes bezüglich dieses viel angefochtenen Beschlusses durch die einfache Frage feststellen: Hat das Tarifamt das Recht, tarifwidrig handelnde Prinzipale aus der Tarifgemeinschaft auszuschließen? Da das Tarifamt durch die Praxis schon mehr als einmal bewiesen hat, daß es dies Recht ohne Zweifel besitzt und ausübt, so kann oder dürfte mindestens gar kein Zweifel darüber obwalten, daß es bei gleichem Rechte für alle auch dies Recht gegen tarifbrüchige Gehilfen ausüben darf und gegebenenfalls ausüben muß. Wenn es unter Umständen, wie es im Falle Scherl geschah, von seinem weitgehendsten Recht Abstand nahm, um die Betroffenen nicht wirtschaftlich zu schwer zu schädigen, so gehört schon ein gewisser logischer Kopfsprung dazu, ihm das Recht abzuspreden, eine mildere Form seines Urteils zu wählen. Hat die Gewerkschaftspresse im allgemeinen den richtigen Standpunkt im Streitkonflikt eingenommen, so ist es um so beschämender gerade für Parteigenossen, zu sehen, welchen von allem Sachverständnisse losgelösten Standpunkt manche Parteiblätter eingenommen haben, trotzdem frühere Spuren eigentlich davon abzuhafen sollten, zu voreilig und ungerecht über Buchdruckerangelegenheiten zu urteilen. Wir wollen nur zwei Stillübungen hier herlegen, welche sich Parteiblätter leisteten. (Folgen die unsern Lesern bekannten „denkwürdigen“ Ausprüche von Solingen und Eberfeld. Red. d. „Korr.“) In diesen Proben wollen wir es genug sein lassen, damit es unsern Lesern nicht übel bei solchen Ergüssen wird. Bekanntlich empfahl der Internationale Gewerkschaftskongress, die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Wir nehmen an, daß auch in der Partei noch nicht allgemein die Auslassungen der Parteiorgane von Solingen und Eberfeld als die höchste Manifestation des sozialistischen Geistes eingeschätzt werden, sonst müßte man ausrufen: Wovon redet uns der Himmel vor einem solchen sozialistischen Geiste!“

Wir vereinigt uns in diesem Staßfeuer. Vielleicht hat hier der Himmel doch einmal Erbarmen.

Unser Minimum.

Wenn es noch einer Bestätigung über eine noch nie da gewesen bestehende allgemeine Teuerung gerade der allennotwendigsten Lebensmittel wie überhaupt über eine bisher noch nie gekannte Höhe aller übrigen zu einem einigermaßen menschlichen Dasein unumgänglichen Kosten- und Ausgaben bedurfte, so war es die 1908/09 erfolgte allgemeine Beamtengehaltsreform in Preußen-Deutschland. In frischer Erinnerung sind noch die Kämpfe um die sogenannte Finanzreform, durch die das Volk mit einer halben Milliarde neuer Steuern belastet wurde; eine Summe, an der das Beamtenheer allein für seine Besoldungserhöhungen mit über 110 Millionen Mark jährlich Mehrausgaben partizipiert. Und wenn unsere Regierenden sich sogar zu einer Zeit zu einer solchen in das ganze Wirtschaftsleben so tief einschneidenden Maßnahme bereit fanden, zu der bei dem damaligen Tiefstand unserer Reichsfinanzen die dazu benötigten Mittel noch nicht einmal vorhanden waren, sondern man sich um die Aufbringung derselben erst noch herumzankte, so kann man sicher sein, daß dieser Entschluß der verbündeten Regierungen nicht aus dem bloßen Humanitätsgefühl heraus, nur um zu geben, geboren wurde, sondern aus der bitteren Erkenntnis, daß eine allgemeine Teuerung in solcher Höhe besteht, doch wenigstens eine einigermaßen ausgleichende Aufbesserung der Beamtenbezüge erfolgen müsse, um den bereits plattgegriffenen und, soweit es sich wenigstens um die mittleren und unteren Beamten und staatlichen Arbeiter handelte, nur zu berechtigten Unwillen und die Unzufriedenheit der Beamten niederzuhalten.

Kaum war diese Millionenvorlage glücklich unter Dach und Fach, als die Teuerung von neuem in die Erscheinung trat und dem Preußenvolk eine weitere Belastung von 3 1/2 Millionen Mark brachte. Diesmal war es Preußens König, der unter dem Druck der verteuerten Lebenshaltung seufzte und unter Hinweis auf seine zahlreiche Familie und seine noch zahlreicheren Hofstaatsbeamten „um Zulage voring“. Zum Streik kam es jedoch bei dieser „Vohnbewegung“ nicht, denn einsichtig, wie unsre „Volksvertreter“ in der preußischen Dunkelkammer in ihrer Mehrheit nun einmal sind, und ausgerollt mit dem erforderlichen sozialen Verständnis, erkannten sie sofort die Berechtigung und Notwendigkeit eines solchen Verlangens und bestätigten aufs neue durch Sanctionierung der 3 1/2-Millionen-Vorlage eine bestehende Vertueuerung der allgemeinen Lebenshaltung.

Diese als Vorwort gedachten, einfach nicht wegzuleugnenden Tatsachen seien hier als Gegenargumentation angeführt für kürzlich von gewisser Seite aufgestellte Behauptungen, daß eine Teuerung überhaupt nicht bestehe. Von einer Seite also, die sich und auch deren Söhne sich zu einer Gesellschaftsklasse bekennen, aus der sich doch ein großer Teil unsrer in den Genuss höherer Bezüge gelangter Beamten wie auch ein großer Teil unsrer Volksvertreter, die solche Gehaltserhöhungen aufheben und herabmessen, retrüert, und die in diesem Falle keine Worte des Widerspruches gegen eine Aufbesserung ihrer eigenen Linder fanden oder gar eine Teuerung leugneten. Tuar es agitur!

Schlagen wir nun einmal in unsrer „Besoldungsordnung“ nach und versuchen wir, unser Minimum durch Verteilung auf die einzelnen Ausgabenposten unsres Haushaltsatzes unter Berücksichtigung der heutigen Teuerungsverhältnisse auf seine zu resp. Unzulänglichkeit hin zu prüfen.

Das Berliner Minimum beträgt nach Abzug von 1,06 Mrk. für Kranken- und Invalidenkasse 30,19 Mrk. Angenommen sei — die Wäschebütte der Frau v. Popelius ist bei uns Buchdruckern tariflich noch nicht eingeführt! — eine vierköpfige Familie. Für Vater und Mutter seien pro Tag für Lebensmittel 1,70 Mrk. = $7 \times 1,70 = 11,90$ Mrk., für die beiden Kinder 1,20 Mrk. = $2 \times 1,20 = 2,40$ Mrk., zusammen für die ganze Familie 11,90 + 2,40 = 20,30 Mrk. pro Woche veranschlagt; verbleiben noch 9,89 Mrk. Für Miete, Steuern, Heizung, Licht und Feuerversicherung seien 8,50 Mrk. pro Woche angelegt, verbleiben noch 1,39 Mrk. Rechnet man nun noch für alle vier Personen 3,40 Mrk. pro Woche für Kleidung einsch. Schuhzeug und Wäschereinigung, so schließt der wöchentliche Etat mit einem Defizit von 1,61 Mrk. ab.

Diese unter den heutigen Teuerungsverhältnissen gewiß mehr als längliche Aufstellung ergibt sich bei Zugrundelegung nur ganz normaler Verhältnisse. Will besagen: der Ernährer der Familie darf auch nicht einen einzigen Tag arbeits-, also verdienstlos sein; Frau und Kinder dürfen niemals durch Krankheit Arzt- und Apothekerkosten verurursachen. Kein Ereignis in der Familie, sei es nun freudiger oder trauriger Art, darf den Ausgabenetat erhöhen. Und ist gar ein Kollege noch mit dem „Buzus“ von Sparmaßstäben behaftet und möchte durch den Abschluß irgendeiner bescheidenen Versicherung oder dergleichen im Alter der bittersten Not vorbeugen, so muß diese gewiß recht löbliche Absicht ein frommer Wunsch bleiben.

Und wie steht es mit den Erziehungskosten für die Kinder? Da müssen die Schutzrenten beschaft und später die Unterhaltungskosten während der mehrjährigen Vorbereitungszeit für den Lebensberuf aufgebracht werden. An seine eigne Weiterbildung durch Beschaffung guter Fach- und anderer Lektüre darf der Gehilfe gar nicht denken, noch nicht einmal das Abonnement für eine Tageszeitung ist ihm verbotene.

Und nun erst die ideale Seite! Kommt gar das Fest der Liebe und Gaben — das Weihnachtsfest —, oder der rechtlich schaffende Vater, die allzeit treusorgende Mutter, soll durch eine bescheidene Gabe auf dem Geburtstagsfest erfreut werden, so überkommt es bitter und schmerzhaft,

wenn auch hier der letzte Rest von Familiensinn, mit dem ja bekanntlich die Ablehnung der Erbschaftsteuer von den sogenannten „Stützen von Thron und Altar“ begründet wurde, der bitteren Not gehordend zurücktreten muß, untergraben wird. Nur vor solches selbst schon empfunden und gegen solche Regungen, womöglich noch angehtisch bittender und fragender Kindergesicht, noch nicht völlig abgestumpft ist, kann und darf sich hier ein Urteil erlauben.

Da nun das Minimum allerorts den lokalen Verhältnissen entsprechend festgesetzt wird, so ergibt sich auch in den billigeren Gegenden, in der Provinz, mit niedrigerem Minimum das gleiche Mißverhältnis zwischen den Einnahmen und den allennotwendigsten Ausgaben. Selbst eine Entlohnung von ein paar Mark über Minimum und ein Extraverdienst aus Überstunden, die ja auch wieder erhöhte Anforderungen an den Lebensunterhalt durch Mehraufwand an Kleidung, Betätigung und Arbeitskraft stellen und außerdem durch Besteuerung bis auf den letzten Pfennig in ihrem Ertrage gleich wieder herabgemindert werden, sind nicht imstande, ausgleichend zu wirken.

Wie stellen sich nun unsre Prinzipale dazu? Sie fordern vom Gehilfen sein Bestes: vollste Eingabe der Arbeitskraft, Berufsfreudigkeit und allseitige Bereitwilligkeit und Berücksichtigung ihrer Wünsche. Möge die Prinzipalität nun aber auch bei der Tarifrevision uns das gewähren, was unbedingt notwendig ist, um sich diese Eigenschaften anzueignen und zu erhalten — und das nicht zuletzt im Interesse der Prinzipale selbst. Berlin. n.

Zum Kapitel Militärmusik.

In einem „Militärische Schmuckkonkurrenz“ überschriebenen Artikel des „Korr.“ vom 8. August wird von dem Einsender deselben, A. T. in Bremen, unter einigen anderen Ortsvereinen auch Graudenz der Vorwurf gemacht, Militärmusik den Zivilkapellen vorzuziehen und so die Schmuckkonkurrenz der Militärkapellen zu begünstigen. Allerdings schreibt der Einsender weiter: „Es soll nicht verkannt werden, daß es oftmals schwer hält, geeignete Musikkapellen für Konzertmusik zu gewinnen. Ich glaube aber, daß in größeren Städten immer gute Zivilkapellen zu haben sind, wenn rechtzeitig danach Umschau gehalten wird.“

Meiner Meinung nach hätte der Einsender genannten Artikels, wenn er die Namen der einzelnen Ortsvereine nennt, doch aber vorher prüfen müssen, ob das von ihm Angeführte in den betreffenden Orten auch zutrifft. Es sind nicht alle Orte oder Ortsvereine in der glücklichen Lage, über eine so „würdenhaft“ berühmte Stadtkapelle zu verfügen, wie dies gerade für Bremen zutrifft. Graudenz rechnet allerdings zu den größeren Städten des Ostens. Wenn aber Einsender sich vor Augen gehalten hätte, daß gerade die größeren Städte des Ostens, die nicht weit von der Grenze liegen, von Militär tatsächlich überladen und dementsprechend Militärkapellen vorhanden sind — in Graudenz z. B. sechs —, so hätte er auch zu dem Schluß kommen müssen, daß eine gute Zivilkapelle daneben nicht mehr gut existieren kann. Besteht aber trotzdem, hier seit allerkräftigster Zeit, eine Vereinigung von vielleicht zehn bis zwölf Zivilmusikern (im Nebenberufe), so beschränken sie sich unter den gegebenen Verhältnissen vorläufig meistens nur darauf, zu Tanzlustbarkeiten oder vielleicht Zeichenbegängen aufzuspielen. Denn unter dieser Zivilkapelle ist nicht einmal eine Kraft, die in ständiger Begleitung zu Couplets oder sonstigen Vorträgen zu übernehmern. Die Graudenz-Kollegen sowie die ihre Feste besuchenden Gäste erleben aber, verwöhnt durch die vielen billigen Militärkonzerte, ebenfalls wie die Kollegen der Großstädte Anspruch auf wirklich gute Konzerte; es würde für sie ein Konzert dieser Zivilkapelle nicht gerade ein Ohrenschmerz sein. Sollten wir, ipiritlich streng danach handeln und die Militärkapellen von unsern Festlichkeiten ausschließen, so wären wir gezwungen, aus weit entfernt liegenden Städten mit Zivilkapellen (z. B. Romby, aber Lehrlingszuchterei) uns eine solche kommen zu lassen, wodurch sich dann das Konzert mindestens noch einmal so teuer stellen würde. Hierbei würde aber unsern Pässe ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen.

Selbstverständlich bin auch ich der Ansicht, daß dort, wo eine gute Zivilkapelle existiert, dieselbe in allererster Linie von den Genossenschaften unterstützt werden muß. Zum Schluß, möchte ich dem Einsender nur noch bemerken, daß man noch eine Sache, ehe man sie beurteilt, erst genau prüfen muß, denn die Verhältnisse sind doch nicht überall die gleichen. Graudenz. A. E.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Die glänzende wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Konsumvereine, ihrer Verbandsorganisationen und der Großverkaufsgesellschaft in Hamburg läßt nicht nur die Nächstebesten, d. h. den Privathandel, schon längst nicht mehr schlafen, sondern sie beginnt nun mehr und mehr auch die Aufmerksamkeit der politischen Parteien außerhalb der Sozialdemokratie zu erregen.

Diese Aufmerksamkeit ist gesteigert worden durch die bekannte Beschlusfassung über die Errichtung einer Volksversicherung auf dem Genossenschaftstag in Leipzig, der eine solche auf dem Genossenschaftskongress in Dresden nachfolgte. Diese Beschlusfassung beruht auf einer Vereinbarung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine — dessen Initiative die Sache entsprang — mit

der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Wie schon früher betont, ist die Frage der Volksversicherung auf genossenschaftlicher Basis von weittragender volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, und man hätte meinen sollen, daß in unsrer Zeit der Sozialpolitik alle politischen Parteien, insbesondere die, die ihre christliche Weltanschauung allen andern gegenüber betonen, auch einmal so etwas wie Lob für die deutschen Konsumvereine und die Gewerkschaften übrig hätten. Aber nichts dergleichen. Sogar das Gegenteil tritt ein.

Der Zentrumsheros Erzberger, früherer Lehrer von Buttenhausen (O.V. Münsingen in Württemberg), Finanz-, Kriegs-, Kolonial- und Innerwestsepperte im Reichstage, der das Gras wachsen sieht und die Flühe husten hört, hat die der bürgerlichen Gesellschaft drohende Gefahr der genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Volksversicherung noch rechtzeitig erkannt und durch einen Trompetenstoß im „Tag“ — das Kapitel geteilt! Denn es ist ja nach seiner Angabe die Sozialdemokratie, die sich für den beabsichtigten Hinauswurf der sozialdemokratischen Ortskrankenkassenbeamten durch die Volksversicherung schuldig halten will! Und die „stumpfen“ konservativen und Bauernbindungsgane nehmen das Geschnatter des Herrn Erzberger auf, erklären den Staat in Gefahr: Die Konsumvereine sollen sich auf diesem Gebiete nicht betätigen dürfen, ihre Entwicklung muß durch die Gesetzgebung aufgehakt werden! Dies ist der Reiz in der konservativen Presse. In der liberalen legt man die Finger an die Stirn — und schweigt, wo der gesunde Menschenverstand sich häumen müßte gegen die soziale und volkswirtschaftliche Unnatur politischer Parteien, die sich das Spitzwort „staatsfernen“ beilegen.

Denn worum handelt es sich denn eigentlich bei dem geheimnisvollen Vorhaben der Konsumvereine? Doch nur darum: Hunderttausende von Arbeiterfamilien von einem jährlichen Millionentribut an die Kapitalgesellschaften der Volksversicherung zu befreien! Nach einem aus Konsumvereinstreifen im „Tag“ erschienenen Erwidlungsartikel gegen den Erzbergerischen betrug im Jahre 1909 das Kapital an Volksversicherungen 1346 Millionen Mark. Davon entfallen 655 Millionen Mark, also nahezu die Hälfte, auf eine Gesellschaft. Diese vereinbarte im Jahre 1909 für ihre Volksversicherung an Prämien 61 Millionen Mark. Die Verwaltungskosten betragen 14 Millionen Mark, nahezu 25 Proz. der gesamten Prämieeinnahmen. Der Zuwachs dieser Gesellschaft an Volksversicherungen belief sich auf 112 Millionen Mark; der effektive Zuwachs jedoch nur auf 55 Millionen Mark, so daß 57 Millionen Mark Versicherungen verfielen. Diese Zahlen zeigen, daß tatsächlich dem auf die Bedürfnisse der breiten Massen des Volkes zugeschnittenen Versicherungswesen die trefflichsten Mängel anhaften, und es sollte „ein Akt großzügiger Volkswirtschaft betrachtet werden, wenn die konsumgenossenschaftliche Zentralorganisation der minderbemittelten Bevölkerung eine jährliche Verlustausgabe von 57 bis 60 Millionen Mark ersparen will.

Und wie man mit dem Gelde der Volksversicherung, das tatsächlich zum allergrößten Teil aus Arbeiterkreisen stammt, umspringt, zeigt eine durch die konservative Presse gehende Mitteilung recht deutlich, die zwar bestimmt ist, Handwerker und Bauer gegen „Waffen und Aktionäre“ aufzuwiegen, eine reellere Nutzenwendung jedoch auf die Frage der Volksversicherung durch die Konsumvereine gestaltet. Sie lautet:

700 000 Mrk. Zantieme und 92 000 Mrk. Gehalt! „Unzufriedene Aktionäre der Victoria, Allgemeine Versicherungsgesellschaft zu Berlin“, so überschreibt der Frankfurter „Generalanzeiger“ seinen Bericht über die diesjährige Generalversammlung der Gesellschaft. Zwar haben sich die Aktionäre nicht zu beklagen, die Gesellschaft hat im verfloffenen Jahr einen Reingewinn von 34 Millionen Mark erzielt und auf jede Aktie kommen 375 Mrk. Dividende. Die glücklichen Inhaber der Aktien sind der Meinung, daß die Dividenden noch größer sein könnten, denn es wurde scharf bemängelt, daß zwei Prozent des Reingewinns oder fast 700 000 Mrk. dem Direktor als Zantieme zu fließen. Da dieser außerdem noch ein Gehalt von 92 000 Mrk. beziehe, so stelle sich ein Gesamtinkommen nach den Mitteilungen der Aktionäre auf 777 734 Mrk., also eine Summe, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu der Arbeitsleistung einer einzelnen Persönlichkeit mehr stehe. Es sei noch erwähnt, daß von der Zantieme weitere 150 000 Mrk. an den Aufsichtsrat und etwa 600 000 Mrk. auf die Direktion entfallen. Wenn man bedenkt, daß Bismarck als Reichskanzler einen Jahresgehalt von 50 000 Mark bezogen hat, daß heute der Reichskanzler 110 000 Mark bezieht und demgegenüber der Direktor Versteenberg von der „Victoria“ mit einem Jahresbezug von 777 734 Mrk. dasteht, so wird durch diesen Vergleich der unhaltbare Zustand unsrer kapitalistischen Entwicklung genügend gekennzeichnet.

Ranu es eine größere und unmoralischere Seuche! Geben als sie in der Epererei gegen die genossenschaftliche Volksversicherung einerseits und die privaten andererseits in besonders christlich sein wollenden Organen zum Ausdruck kommt? Nun wird sich ja die genossenschaftliche Organisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, so wenig wie die Generalkommission der Gewerkschaften in dieser Frage beirren lassen und ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung durch die Volksversicherung ein weiteres materielles Fundament schaffen, an dem sich die Gegner vollends die Zähne ausbeßen können. Aber es ist doch

einigermaßen von Bedeutung, zu sehen, wie die am Ruder der Gesetzgebung befindlichen Parteien die kräftigen und natürlichen Regungen der Gewerkschaften als wirtschaftliche Klassenorganisationen und der Konsumvereine als Wirtschaftsorganisationen der minderbemittelten Bevölkerung im allgemeinen zu positiver Steigerung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder behandeln, und wie sie ohne weiteres als eine „Gefahr“ für Staat und Gesellschaft angesehen werden. Welche könnte angesichts dessen nochmal das gestiegene Wort prägen: „Vernunft wird lünnst Wohlthat Plage!“ Und wenn man bedenkt, daß die eine dieser Wirtschaftsorganisationen 2 1/2 Millionen Mitglieder, die andre 1 1/2 Millionen umfaßt, dann muß man bei der Befassung, die beide durch die am Ruder befindlichen großen Parteien und durch die Gesetzgebung erfahren, sich doch fragen, daß man in gewissen Lagern mit der Blindheit geschlagen scheint, die die Götter zum Verderben anwenden.

Ein beachtenswertes Menetekel nach dieser Richtung hin ist vor einiger Zeit von dem mehr als 12000 Mitglieder zählenden Zentrumskonsumvereine „Wohlfahrt“ in Werden a. d. Ruhr für das Zentrum an den politischen Stimmeln gezeichnet worden. Dort wurde nämlich nach einem Vortrage des Vorsitzenden Schlad des Verbandes westdeutscher christlicher Konsumvereine über die „Steuerfrage und die Konsumvereine“ eine Resolution angenommen, die sich zunächst gegen die vom Zentrum als nationale Tat gepriesene Reichsfinanzreform wandte. Schlad betonte in seinem Vortrage, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht darüber im unklaren sein dürfen, daß auch unter den Anhängern der bürgerlichen Parteien eine weitgehende Mißstimmung gegen die letzte Reichsfinanzreform vorhanden sei. Kaum habe sich diese Bewegung etwas gelegt, da ersehe man wieder der auf die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine gerichtete Antrag Hammer im preussischen Abgeordnetenhaus, dessen letzte Konsequenz eine weitere Verteuerung der Lebensmittel für die breite Masse bedeute. In der Entschiedenheit, die nach dem Referat einstimmig gefaßt wurde, heißt es: „Die Versammlung verurteilt den Antrag Hammer ferner aus dem Grunde, weil seine Durchführung wiederum eine Verteuerung der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse für diejenigen Volkskreise bedeutet, welche auch einen großen Teil der Lasten der Finanzreform zu tragen haben (Staffe, Tabak, Bier usw.)“. Interessant ist, daß in dieser Versammlung der Zentrumsabgeordnete Imbusch anwesend war, der also, da die Resolution einstimmig beschlossen wurde, mit in vorstehender Weise gegen die vom Zentrum verteidigte Reichsfinanzreform votiert haben muß. Im übrigen mußte sich Herr Imbusch sagen lassen, daß im preussischen Landtage gegen den Konsumvereinsfeindlichen Antrag Hammer nur die sozialdemokratische Partei entschieden Front gemacht habe. Er verteidigte sich damit, daß den Abgeordneten von den Konsumvereinen kein Material zugestellt werde. (?) Dieses Vorkommnis ist also schon ein deutliches Zeichen dafür, daß sich die katholischen Arbeiter als Konsumvereinsmitglieder nicht zu Opferkammern für die Mittelstandspolitik des Zentrums und der Konservativen gebrauchen lassen wollen. Und lenken die Zentrumsorgane in der Frage der Volksversicherung nicht ein, die mit der Sozialdemokratie gar nichts, aber mit den Grundfragen einer gesunden Volkswirtschaft sehr vieles und noch mehr mit einer Befundung der sozialen Verhältnisse in Millionen von Arbeiterfamilien ohne Unterschied der politischen oder religiösen Anschauung zu tun hat, dann wird das Zentrum in einer nicht zu ferneren Zukunft noch kräftigere Menetekel aus den eignen Reihen vorgemalt bekommen, als es seit den Tagen der glorreichen Reichsfinanzreform und des Konsumvereinsfeindlichen Antrags des Konservativen Hammer im preussischen Abgeordnetenhaus zu verzeichnen hatte.

Die Hamburger „Produktion“ hat infolge der gegen die hamburgischen Konsumvereine gerichteten Ausnahmebesteuerung — 8 Proz. des Umsatzes werden einfach als „Einkommen“ berechnet und als solches versteuert — von der Warenhäuser, große Versand- und Filialgeschäfte und selbstverständlich der ganze übrige Detailhandel ausgenommen sind, sich in eine „Handels-gesellschaft m. b. H.“ umgewandelt. Als solche wird sie nämlich von der Einkommensteuer nicht betroffen. Die hamburgischen Gesetzgeber sind nun sehr erbot, daß ihnen auf diese Weise die erparten Groschen der gewerkschaftlich-organisierter Arbeiter und Konsumvereinsmitglieder wieder einschließt sind, während die Vlamage bei ihnen bleibt, brutale gesetzgeberische Willkür gegen sozial wirkende Wirtschaftsorganisationen der Arbeiter angewandt zu haben. Recht so!

Korrespondenzen.

Quisburg-Muhvort. Unsere letzte Ortsvereinsversammlung befaßte sich u. a. mit der Besprechung der Berliner Vorgänge. In geheimer Abstimmung wurde die Resolution der Gavoursteherkonferenz mit 41 gegen 7 Stimmen gutgeheißen.

Greiz. In unserer letzten Monatsversammlung am 5. August kam man u. a. auf die Berliner Vorgänge zu sprechen, nachdem schon die vorletzte Versammlung sich damit befaßt hatte. Da die frühere Resolution vor der Gavoursteherkonferenz gefaßt wurde, machte sich eine erneute Stellungnahme nötig. In der Debatte verurteilte man allgemein das Vorgehen der Berliner Rotations. Die vom Kollegen Ludwig eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Anwesend waren von 33 Mitgliedern 23. Die Resolution lautet: „Die am 5. August stattfindende Versammlung des Orts-

vereins Greiz beschloß sich eingehend mit den Berliner-Vorgängen und der Gavoursteherkonferenz. Sie erklärt sich mit der gefassten Resolution der Konferenz einverstanden.“ Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden noch einige Fälle bekannt gegeben, in denen einzelne hiesige tarifreife Brudereien die Herstellung von Druckmaschinen zu nahen Schleuderpreisen ausführen. Es sollen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, um dieser Schmutzkonkurrenz energig entgegenzutreten.

Kleve. In der letzten Versammlung des Ortsvereins vom 5. August konnten wir wieder einmal den Kollegen Erlelenz (Krefeld) in unrer Mitte begrüßen, zum letztenmal in seiner Eigenschaft als „unser“ Bezirksvorsitzender, da nach dem Beschlusse der Bezirksvorsteherkonferenz des Gau's Rheinland-Westfalen am 1. Oktober d. J. die Ortsvereine Kleve, Goch und Geldern vom Bezirke Krefeld getrennt und dem neu zu bildenden Bezirke Wesel zugeteilt werden. Nachdem Kollege Hermann über die Versammlung des Tarifkreises II berichtet, nahm Kollege Erlelenz das Wort zu seinem Vortrage: „Organisatorische Zeitfragen“. In gewohnt klarer und übersichtlicher Weise entrollte er ein Bild der seit Anfang dieses Jahres unserer organisatorischen Leben bewegenden Fragen, zog Vergleiche zwischen den Tagungen von Hannover und Hamburg, beleuchtete die Aussichten für die Zukunft und berührte zuletzt auch den Kontraktbruch der Berliner Rotations und die Stellungnahme der Gavoursteherkonferenz dazu. Über den letzten Teil des Vortrags entspann sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf folgende Resolution gegen einige Stimmen angenommen wurde: „Die am 5. August 1911 im Vereinslokale „Hotel König von Preußen“ tagende Ortsvereinsversammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden der Gavoursteherkonferenz in Sachen der Berliner Rotationsmaschinenmeister und spricht dem Zentralvorstande sowie auch der „Korr.“-Redaktion volles Vertrauen aus. Bezüglich der Vertrauensmännerfrage steht die Versammlung auf dem Standpunkte, daß dieses ureigenste Sache der Gewerkschaft ist und sie sich von keiner Seite hierin beeinträchtigen läßt. Der Gewerkschaft muß voll und ganz freie Hand diesbezüglich gelassen werden.“ Unter „Verschiedenes“ kam noch das eigenartige Gebahren der Firma Starz jun. (Inhaber F. A. Nomen) zur Sprache. Die Firma liebt es nämlich, jüngere Kollegen aus den entferntesten Gauen Deutschlands zu engagieren, um sie dann nach drei- bis vierwöchiger Kondition aussuchen zu lassen. Dieses Gebahren der Firma wurde von der Versammlung einer scharfen Kritik unterzogen, da die betreffenden Kollegen den Klassen des Verbandes zur Last fielen. Nach Erledigung einiger interner Sachen schloß der Vorsitzende die Versammlung, nachdem er unsern scheidenden bisherigen Bezirksvorsitzenden Erlelenz noch ein begeistertes aufgenommenes Hoch gewidmet hatte.

Kreuznach. In unserer letzten außerordentlichen Versammlung fand u. a. auch folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 24. Juli stattgehabte außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Kreuznach ist mit der Resolution der Gavoursteherkonferenz einverstanden und bringt unsern Gewerkschaften volles Vertrauen entgegen. Die Versammlung verurteilt die Kontraktbrüche der Berliner Maschinenmeister und bedauert die ungeschickte Stellungnahme etlicher sozialdemokratischer Zeitungen zu diesem Falle. Sie hofft, daß die deutsche Kollegenchaft sich ihrer Sache bewußt ist und sich nicht irritieren läßt, sondern zur Einigkeit beiträgt.“

Ludwigshafen-Mannheim. (Maschinenmeister-Club.) In der Versammlung vom 29. Juli hielt Kollege J. Englert einen Vortrag über sämtliche in der Praxis vorkommende mechanische Zurückverfahren, zu welchem von der Maschinenmeisterverein Münden das Material in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hatte. Betreffs des Stiftungsfestes wurde beschlossen, es in Form eines Ausflugs zu feiern. In Anbetracht des interessanten und lehrreichen Vortrags hätte der Besuch der Versammlung ein besserer sein dürfen.

Münden i. Westf. (Quartalsversammlung am 20. Juli.) Nach Zirkulation einiger Eingänge gab stellvertretender Vorsitzender Engel bekannt, daß die vom Hannoverischen und Viefelder Kollegengewerkschaft geplante Sängerfahrt nach dem Wesergeringe, welche ursprünglich auf den 30. Juli festgesetzt war, wegen der am gleichen Tag in ganz Deutschland tagenden Kreisversammlungen erst am 20. August stattfinden soll. Er ersuchte die Kollegen, durch vollständige Beteiligung am Empfange die fremden Kollegen festlich zu begrüßen. Sodann brachte er in Anbetracht der sehr minimalen Beteiligung an der letzten Bezirksversammlung seitens der hiesigen Kollegen die wichtigsten Beschlüsse zu Gehör und erstattete den Quartalsbericht, aus welchem er die am Himmelfahrtstage stattgehabte Morgenpartie sowie das in schönster Harmonie begangene Johannisfest hervorhob. Der Vorsitzende verknüpfte damit den Wunsch, daß in Zukunft die Kollegen sich an derartigen Veranstaltungen, wodurch die Kollegialität und die Einigkeit unter den Kollegen nur gestärkt und gefördert werden könnten, besser beteiligen möchten. Unter Punkt „Technisches“ gab der Vorsitzende bekannt, daß, um die Kollegen auch in technischer Hinsicht auf dem laufenden zu erhalten, der Vorsitzende des Maschinenmeistervereins Viefeld, Nigenhoff, sich erboten habe, in der nächsten Versammlung über Maschinentechnik zu referieren, und er ersuchte die Kollegen, durch vollständigen Besuch das Interesse für derartige Vorträge zu beweisen. Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, wurde hierauf die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung geschlossen. — Zum diesjährigen Johannisfest hatten sich althergebrachtem Brauche gemäß

auch die Kollegen vom benachbarten Viefeld eingefunden. Nach einem von Fräulein Dyk schon gesprochenen sinnreichen Prologe hielt unser Vorsitzender Dyk die Begrüßungsansprache, welcher die vom Kollegen Flaetterich (Viefeld) gehaltenen Festrede folgte. In klaren Ausführungen schilderte der Redner den Werdegang unserer Organisation seit dem Bestehen, unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage der Kollegen im allgemeinen, und schloß seine Worte mit einem dreifachen Hoch auf den Verband, in das alle freudig eintraten. Nicht zum mindesten trug zum schönen Gelingen des Festes der „Gemischte Chor“ Münden durch seine Vorträge bei, dem ganz besonderer Dank gebührt.

Saalfeld. Die am 5. August abgehaltene Ortsvereinsversammlung beschloß sich nach Anhörung des durch den Bezirksvorsitzenden Vöhringer (Jena) gegebenen Berichts über die Bezirksvorsteherkonferenz auch mit den Berliner Vorgängen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Sonnabend, den 5. August, stattgehabte Versammlung der Mitgliedschaft Saalfeld bedauert das Vorgehen der Berliner Kollegen und erklärt sich mit der auf der Gavoursteherkonferenz gefassten Resolution einverstanden.“ Am 7. August erstattete der Vorsitzende Bericht über die Kreisversammlung.

Saarbrücken. Am 5. August hatte die von annähernd 100 Kollegen besuchte Monatsversammlung Gelegenheit, den Bericht unfres Gavourstehers H. Fröh (Mannheim) über die Gavoursteherkonferenz in Berlin entgegenzunehmen. Nachdem einige interne Angelegenheiten erledigt, ergriff der Referent das Wort zu seinem einleitenden Referat. In der Debatte stimmten die Redner einhellig den Ausführungen des Referenten zu und brachten einstimmig zum Ausdruck, daß streng auf dem tariflichen Boden zu beharren sei, den Beschlüssen der Gavoursteherkonferenz und des Zentralvorstandes nur zugestimmt werden könne und die „Korr.“-Redaktion korrekt gehandelt habe. Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch mit, daß sich die Wahrheitsliebe der Christlichen wieder in dem vom Bezirkskartelle der christlichen Gewerkschaften an der Saar herausgegebenen Jahresberichte für 1910 im schönsten Lichte gezeigt habe, indem darin die Zahl der Verbandsmitglieder an der Saar mit 140 angegeben sei, während sie tatsächlich für den in Frage kommenden Landkreis mindestens 400 beträgt.

Tübingen. Wie die übrigen im abgelaufenen Halbjahre stattgehabten Versammlungen stets einen befriedigenden Besuch aufwies, so war auch die am 5. August abgehaltene Monatsversammlung, in der Gavoursteherkonferenz referierte, sehr gut besucht. In einhelligem Ausführenden entrollte der Redner ein klares Bild über die Berliner Vorkommnisse und die daraus folgenden Verhältnisse der betreffenden Berliner Kollegen. In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß zu gegenwärtiger Zeit derartige Vorkommnisse mit Rücksicht auf die Allgemeinheit nicht gebilligt werden können und die einseitige Stellungnahme einzelner Parteiführer als direkt schädigend bezeichnet werden müsse. Inzwischen war folgende Resolution eingelaufen: „Die heute von 90 Mitgliedern aus den Orten Ebingen, Gehingen, Müfflingen, Rottenburg und Tübingen besuchte Versammlung erblickt in den Berliner Vorgängen ein die Allgemeinheit schädigendes bedauerliches Vorkommnis und stellt sich aus diesem Grund auf den Standpunkt der Gavoursteherkonferenz. Die Haltung des „Korr.“ in dieser Angelegenheit wird nach allen Seiten hin als tatkräftig und korrekt anerkannt.“ Da über diese Resolution keine Diskussion gewünscht wurde, auch keine Gegenresolution einleif, konnte man zur Abstimmung schreiten und stimmten 22 für und 2 gegen die Resolution; letztere leider ohne Angabe eines Grundes, was den Referenten in seinem Schlusswort veranlaßte, dies Verhalten einer kurzen Kritik zu unterziehen. Mit der Mahnung zu festem Zusammenhalten, besonders im Hinblick auf die kommende Zeit, konnte nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten die Versammlung geschlossen werden. — Am folgenden Sonntag hatten wir die Kollegen vom Stuttgarter „Kloppholz“ in stattlicher Zahl zu Gast. Nach herrlicher Wanderung am Vormittag entwickelte sich mittags im Vereinslokale der hiesigen Mitgliedschaft bei Musik, Lied- und Vesperflang ein frisch-fröhliches kollegiales Leben. Das schöne geräumige Lokal war kaum instande die fröhliche Schaar zu fassen. Schöne und gemüthliche Stunden verlebten wir mit unsern Gästen. Deshalb, ihr lieben Stuttgarter Kollegen, auf baldiges Wiedersehen!

Ulm-Memmingen. Die am den 6. August einberufene außerordentliche Versammlung war von etwa 50 Kollegen besucht; darunter waren vertreten die Orte Viberach und Buchau. Vorsitzender Juchos begrüßte die erschienenen Kollegen und erteilte dann dem Kollegen Klein (Stuttgart) das Wort zur Berichtserstattung über die Gavoursteherkonferenz. In einem einleitenden Referate gab der Referent ein ausführliches Bild von den Berliner Vorkommnissen bei Scherl. Nach einer gegenseitigen Aussprache wurde von einer Resolution Abstand genommen, doch stellte sich die Versammlung voll und ganz auf den Boden der Resolution der Gavoursteherkonferenz. Mit einem warmen Appell an die Erschienenen seitens des Referenten wurde die hochwichtige Versammlung geschlossen.

Werdau. Die am 5. August abgehaltene Monatsversammlung, deren Besuch zahlreicher hätte sein können, beschloß sich u. a. mit den Berliner Vorgängen und deren Folgen. In einer gegen eine Stimme angenommenen Resolution wurde das verbandsschädigende Verhalten der Berliner Rotations verurteilt und die Tarif- sowie die Verbandsinstanzen in allen Teilen unterstützt.

(Hierzu eine Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit ältestem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 15. August 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 92.

Eine nochmalige Erklärung.

Nachdem nun auch Kollege Wielepp das ihm vom Kollegen Mussial erteilte Wort zu meiner Nichtigstellung ergriffen hat, sehe ich mich entgegen meiner ursprünglichen Absicht genötigt, einige Worte zu erwidern, um falschen Schlüssen vorzubeugen. Kollege Mussial hat in bezug auf den „Forr.“ gesagt, daß die Provinz gegen Berlin scharf gemacht wird. Das „Stenogramm“ Wielepps in Ehren, aber ich bitte in seinem Bericht Mussials Rede nachzulesen, in der er selbst diesen Auspruch andeutet. Mich hat dieses Wort — von Mussial ausgesprochen — sofort zu einem Zwischenrufe provoziert, und habe ich nachher in meiner Rede eingehend festgestellt, wer das Scharfmachen gegen Berlin am besten verstanden hat. Dies geht ja auch aus dem von Wielepp jetzt in seiner Erklärung wiedergegebenen (allerdings stark zusammengekrümpften) „Stenographischen Protokoll“ hervor.

Nun sagt aber Wielepp in seiner Erklärung in bezug auf meine Nichtigstellung: „Jedenfalls hat er diesmal kein Glück damit gehabt.“ Da ich annehme, daß sich Wielepp beim Schreiben des Satzes etwas gedacht hat, so klingt dieses „diesmal“ nach einer recht niedlichen Verächtlichkeit, die ich — in Wielepps Fache stehend — niederzuschreiben nicht die „erstaunliche Feinheit“ hätte.

Berlin. Mag Ebel.

Rundschau.

Ferien! Die Firma Rhein- und Wied-Druckerei, G. m. b. H., Neuwied, bewilligte als erste am Ort ihrem Personale bei ein- bis zweijähriger Tätigkeit zwei, bei über zweijähriger Tätigkeit drei Tage und bei fünf- bis sechsjähriger Tätigkeit vier Tage Ferien. — Die Firma Konrad Ulber in Nürnberg gewährte ihrem Personale nach fünfjähriger Karenz drei Tage Ferien.

Ferienentziehung. Wiederum sind wir gezwungen, von der Entziehung einer seit einer Reihe von Jahren gewährten Ferienvergünstigung Notiz zu nehmen. Die Firma C. F. Saebisch in Spremberg (L.) glaubte ihrem Personale die Wohlthat eines kurzen Ferienurlaubes in Zukunft vorzuziehen zu müssen. Wir bedauern diesen sozialen Rückschritt, und zwar nicht nur im Interesse der betreffenden Gehilfen.

Dr. Hans Hinte, der frühere Berliner Maschinenfabrikant, wirkt gegenwärtig als Redakteur an der „Weimarer Zeitung“, dem Organe der großherzoglich sächsischen Regierung in Weimar. Aus dem Besitze der Frau Direktor Unruh wurde die Druckerei des Amtsblattes vor einiger Zeit von einer Genossenschaft mit beschränkter Haftung übernommen, die es sich angelegen sein ließ, sofort das Obdium der „Tariffreiheit“ abzutreiben durch den Beitritt zur Tarifgemeinschaft.

Die Kosten für die Ablegung der Meisterprüfung stellen sich bei einzelnen Handwerks- resp. Gewerbebetrieben unverhältnismäßig hoch, so daß mancher Gehilfe vor der Höhe der Prüfungsgebühr selbst dann zurückdreht, wenn er die Vorbereitung auf die Meisterprüfung schon hinter sich hat. Mit den Honorarforderungen der Volksschullehrer bei den Kurzen zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung befaßt sich eine Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern, die vor kurzem den Gewerbebetrieben zugeht. Sie hat folgenden Wortlaut: „Das Ministerium hat davon Kenntnis erlangt, daß die Honorarforderungen seitens der bei Meisterkursen unterrichtenden Volksschullehrer teilweise unangemessen hohe sind. Wenn in einigen Fällen der Betrag von 4 Mk. für die Vortragstunden gefordert und bezahlt worden ist, so erscheint diese Summe unangemessen und steht nicht im Verhältnisse zu der geleisteten Arbeit. Eine Vergütung von 2 Mk. bis 2,50 Mk. für die Stunde wird in der Regel als hinreichend anzusehen sein. Die Gewerbebetriebe wollen bei der Veranlassung von Meisterkursen hierauf Rücksicht nehmen und die Innungen hiernach beschreiben.“

Das Opfer der Hitze wurde ein 18jähriger Lehrling einer Buchdruckerei in Zehlendorf bei Berlin. Bei einer Änderung, die er in der Schnellpresse vornehmen wollte, brach er plötzlich tot zusammen. Über die Todesursache war man zunächst im Zweifel, bis später ärztlicherseits Giftschlacke festgestellt wurde. Einige Stunden vor seinem Tode soll der Lehrling in kaltem Leitungswasser ein Bad genommen haben, welcher Umstand mit zu dem plötzlichen Hinscheiden beigetragen haben dürfte.

Eine neue Rechtschreibung soll, Zeitungsnachrichten zufolge, schon wieder einmal durch eine orthographische Konferenz im nächsten oder übernächsten Jahre beraten werden. Wie verlautet, soll die Zukunft orthographie auf die Ausmerzung aller Dehnungslaute und die Vereinfachung aller nichtdeutschen Buchstaben aus dem Alphabet Bedacht nehmen. Wir registrieren diese Nachricht lebigh, verbürgen uns aber dafür nicht.

Der Kampf in der Metallindustrie gewinnt an Ausdehnung. Da eine größere Anzahl von Leipziger Unternehmern sich auf die Entlassung solcher Arbeiter beschränkt, die für die Aufrechterhaltung der Betriebe weniger in Betracht kommen, sah sich die Zeitung des Metallarbeiterverbandes genötigt, diesen Plan zu durchkreuzen. Sie begann deshalb mit der Herausnahme besonderer Arbeitergruppen, die für die Unternehmer besonders wertvoll sind. Diese Maßnahme der Verbandsleitung wird solange aufrechterhalten, bis den Unternehmern die Möglichkeit genommen ist, weiter produzieren zu können. In Saalfeld in Thüringen wurde in 18 Metallwarenfabriken bekannt gegeben, daß die dortigen Fabrikanten am 26. August 60 Proz. der organisierten Arbeiter aussperrten, wenn bis dahin die Ausstände in Thüringen nicht beendet sind. 1000 Metallarbeiter kommen in Betracht. Auch in München ist die Metallarbeiterausperrung inzwischen perfekt geworden. Auf den Ausstand der Metallarbeiter in der Nürnberger Spielwarenindustrie haben die dortigen Industriellen 60 Proz. der in Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeiter ausgesperrt, welche Provokation mit einem allgemeinen Streite beantwortet wurde. In Elbing beschloßen mehr als 4000 Arbeiter der Schiffbauwerft die Einreichung von Lohnforderungen. Es wird verlangt: für die Arbeiter, bis unter 30 Pf. Stundenlohn haben, 3 Pf. Zuschlag, für diejenigen, die über 30 Pf. haben, 2 Pf. Zuschlag; ferner zehnprozentige Erhöhung der Alfordpreise, Ausstellung von Alfordzetteln, Einsetzung eines Arbeiterausschusses und Lohnzahlung am Freitag. Ferner beschloßen 9000 im Metallarbeiterverband organisierte Elektromonture und Helfer in Berlin, in den Ausstand zu treten. Sonstige Differenzen werden noch aus Breslau, Annen, Warmen-Schwefeld, Wohwinkel und andern Orten gemeldet.

Allgemeiner Streik in Londoner Hafen. Mit überraschender Schnelligkeit hat sich der Kampf der Arbeiter in London, von dessen Veranlassung wir bereits kurz Notiz nahmen, zu einer Bewegung von riesenhafter Ausdehnung entwickelt. Am 10. August wurde die Zahl der ausständigen Dockarbeiter Londons auf 110000 geschätzt. Die gegenwärtige Bewegung ist hinsichtlich ihrer gewaltigen Ausdehnung nur mit jenem großen Dockarbeiterstreik von 1889, in dem der neue „Tradeunionismus“ geboren wurde, zu vergleichen. Aber während jene historische Bewegung nur durch die sentimentale Sympathie der breiten Öffentlichkeit für eine besonders niedergedrückte Arbeiterkategorie zu einem siegreichen Ende geführt werden konnte, liegt die Stärke des gegenwärtigen Kampfes in der bisher noch nie erlebten Einmütigkeit und Solidarität aller beteiligten Arbeiterkategorien und ihrer trefflichen gemeinsamen Leitung. Der gesamte Hafenerverkehr liegt völlig still und auch der Wagenverkehr ruht vollkommen. Außer den Dockarbeitern sind am Kampfe beteiligt die Kohlenunterkente, Leichter-Schiffer, Steuer und Zureute. Seit etwa einem halben Jahre sind alle diese Gewerkschaften in dem neugegründeten Transportarbeiterverbande vereinigt. Vom Streikomitee dieses gemeinsamen Verbandes wird der Niesenkampf geleitet und alle beteiligten Gewerkschaften folgen dessen Parole. Unter den Importeuren von Nahrungsmitteln aller Art in London herrscht große Besorgnis wegen der Verpflegung der Stadt. Nur noch wenige Tage wird die britische Hauptstadt den Niesenstreik ertragen können, ohne einer Katastrophe auf dem Nahrungsmittelmarkt entgegenzugehen. Wenn bis dahin nicht neue Lebensmittel eingeführt werden können, muß London in acht bis zehn Tagen vor einer Hungersnot stehen. Fleisch muß bereits mit dem dreifachen Preise bezahlt werden als zur normalen Zeit. Gemüse ist nur noch schwer zu erhalten, selbst wenn man die dafür geforderten hohen Preise zahlen will. Früchte sind schon selten geworden. 70000 Kisten und Körbe europäischen Obstes, 5000 Kisten Früchte aus Kalifornien, 24000 aus Australien und 15000 Körbe mit Süßfrüchten lagern seit Tagen in den Hafenhallen oder Schiffsräumen und können nicht befördert werden. Großenteils sind die Früchte schon in Säuküben übergegangen, so daß ihre Verwertung angeordnet werden mußte. Milch und Butter sind äußerst knapp. Bei der gegenwärtigen Hitze und der in der heißen Jahreszeit an und für sich geringen Milchproduktion langen die aus Holland und Dänemark eingeführten Milch-, Butters- und Käsemengen kaum für den Bedarf. Jetzt muß ein großer Teil von ihnen verderben, weil die Händler ihn nicht in die Häuser der Kunden befördern können. Besonders der Milchmangel macht sich in Krankenhäusern und bei der Ernährung der Kinder schwer fühlbar. Schwer lastet der Streik auf der gesamten Bevölkerung; besonders den ärmeren Klassen machen die unerschwinglichen Preise die Beschaffung gesunder Nahrung unmöglich. In den Docks beginnen bereits die aufgestapelten Niesenvorräte zu verderben. Die Kohle für die Gefriermaschinen gehen zu Ende, und da auch noch die Fischträger sich dem Ausstand anschließen bedürftigen, muß mit der Rahmung des Fischmarktes gerechnet werden, womit die Zufuhr der für London wich-

tigen Fischnahrung aufhören wird. Eine Ministerkonferenz beschäftigte sich angehts der gewaltigen Bewegung mit den zu treffenden Maßnahmen. Eine Deputation der Ausständigen konferierte mit Lord Churchill, der am 10. August im Unterhause die Erklärung abgab, daß falls der Streik nicht sofort beigelegt werde, es für die Regierung notwendig werde, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und dauernden Nahrungsmittelversorgung nötigen Schritte einzuleiten. Inzwischen soll bereits Befehl zur Zusammenziehung größerer Truppenmassen in London erlassen worden sein, weshalb erstliche Zusammenstöße zu befürchten sind. Aus mehr als einem Grund ist es indes zu begrüßen, daß der Niesenstreik, neueren Meldungen zufolge, seinem Ende zuneigt. Die Dockarbeiter sollen nämlich einen vollen Sieg zu verzeichnen haben. Der eingeschlehte Schiedsrichter hat sich in allen Punkten für die Forderungen der Arbeiter entschieden. Die wichtigsten Punkte sind folgende: Stundenlohn 8 Pence, für überstunden 1 Schilling; für Hausen zur Einnahme der Mahlzeiten wird ebenfalls Lohn gezahlt. Mit dem Siege nur eines Teils der beteiligten Arbeiter ist die Bewegung jedoch noch nicht beendet. Das Streikomitee gab vielmehr die Parole aus, daß kein Arbeiter die Arbeit wieder aufnehme, bis nicht alle Kategorien von Hafenarbeitern ihre Forderungen bewilligt erhalten. Die Forderungen der Leichter-Schiffer und der Kohlenunterkente bildeten den Gegenstand von Unterhandlungen unter dem Vorstiz eines Beamten des Handelsamts. Die Leichter-Schiffer verlangen den Achtstundentag (von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags) eine Lohnerhöhung sowie eine einheitliche Lohnskala. Die Kohlenunterkente verlangen die Anerkennung ihrer Organisation, daß Gruppen von fünf Leuten auf Dampfbarren beschäftigt werden sollen, Neureglung und Erhöhung des überstundenlohns, daß alle Arbeiter eingestellt werden, bevor die Munter einlaufen und machen sonst noch einige auf die Arbeitsweise bezügliche Forderungen geltend. 6000 Kohlentragern sollen diese Forderungen bereits bewilligt worden sein. Die Steuer wollen ihre Arbeitsbedingungen im allgemeinen den andern Arbeiterkategorien gleichgestellt wissen. Der Kampf der 30000 Zureute ist nach den neuesten Meldungen ebenfalls durch ein Abkommen beendet worden. Es wurden dieser wirtschaftlich schwer bedrückten Arbeiterklasse bedeutende Lohnerhöhungen bewilligt. Trotzdem wird der Ausstand noch fortbauern. Die endgültige Beendigung des Londoner Niesenstreiks wird davon abhängen, ob es dem Drucke der bisher siegreichen Arbeiterkategorie gelingt, auch den übrigen am Ausstand beteiligten Arbeiterkategorien zur Bewilligung ihrer Forderungen zu verhelfen. Da an die Verwendung von Streikbrechern bisher in London nicht zu denken war, richten die Meeder ihre Bestrebungen hauptsächlich dahin, die unverladenen Schiffe nach andern englischen oder ausländischen Häfen zu dirigieren. Allein die Arbeiter haben für diesen Fall bereits ihre Vorkehrungen getroffen. Seitens des internationalen Transportarbeiterverbandes in Berlin wurde verprochen, den Boykott auch in Hamburg, Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen und Haare vorzubereiten. Der Gedanke eines internationalen Transportarbeiterstreiks scheint die englischen Hafenarbeiter in außerordentlichem Maße zu beherzigen.

Vom Eisenbahnerstreik in Liverpool, der sich sehr schnell ausdehnt, wird befürchtet, daß er nach London überspringt und vielleicht das ganze Land in Mitleidenhaft zieht. Es feiern bereits 5000 Arbeiter. Für alle im Personen- und Güterverkehr Angestellten in Liverpool und Manchester wurde der allgemeine Ausstand erklärt. In den Eisenbahnstationen und Güterschuppen herrscht bereits ein großes Durcheinander. In Birkenhead bei Liverpool haben 1200 Lastträger die Arbeit niedergelegt. Die Fuhrleute, Kranleute, Kanalangestellten usw. weigern sich, an Eisenbahnfrachten zu arbeiten.

Verschiedene Eingänge.

„Der Neue Weltkalendar für 1912.“ Preis 40 Pf. Zu beziehen durch J. G. W. Dieck, G. m. b. H., in Stuttgart.

Briefkasten.

Wette X: Wird am besten mit dem dritten Falle (mit) verbunden. Ein sicheres Sprachgefühl hat die genaue Kenntnis der Präpositionen zur Voraussetzung. Leider fehlt es daran sehr. — R. M. in Dortmund: „Grafsch Weeckblad“ in Amsterdam, Kloveriersburgwal 56; „Helvetische Typographia“ in Basel, Brunnengässlein 3; „Österreich-ungarische Buchdruckerei“ in Wien IV/1, Mühlgasse 7. — R. S. in Duisburg-Zußvort: Wir erwarteten ausführl. Bericht; deshalb erst in heutiger Nummer. — R. F. in Hamburg: 2 Mk. — Nach Essen: Alles erhalten; wir warten ruhig das weitere ab. Mit der Elberfelder „Freien Presse“ sind wir verflochten worden, was auch nichts schadet, denn dieses Blatt bietet keinen besonderen Genuß. — P. M. in S.: Nicht aufnahmefähig. Der Artikel taugt inhaltlich nicht viel und stillt

fisch gleich gar nichts. — P. M. in Bismarck: Bei dieser amerikanischen Hühnerfluche endlich einen tüchtigen Tropfenfall! Das wird uns anders paden, als es sich der „Typograph“-Sauswürst träumen läßt. Wir wissen Ihnen für diesen Retter aus der Hühnerfluche besten Dank und werden mitteilen, wie die beinahe schon entschwundenen Lebensgeister nun wieder rege geworden sind. Frdl. Gruß!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13 I.
Fernsprechnr. VI. 11191.

Adressenveränderungen.

Celle. Vorjgänger: H. Drimohl, Im Kreise 20; Kassierer: Fr. Wohlleben, Am heiligen Kreuz 30.
Duisburg. (Weizil und Ort.) Wegen Abwesenheit des Vorjgänger vom 16. bis 22. August führt während dieser Zeit Kollege Gustav Wehrauch, Kammerstraße 12, die Geschäfte des Vorjgänger.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Burgdorf i. Hann. der Drucker Friedrich Wirsbaum, geb. in Verburg 1878, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — In Gronau i. S. der Schweizerdegen Hugo Krönert, geb. in Erfurt 1852, ausgl. in Gotha 1870; war noch nicht Mitglied. — August Hausmann in Hildesheim, Kaiserstraße 29.

In Hannover der Drucker Rudolf Heuser, geb. in Wien 1861, ausgl. in Budapest 1877; war schon Mitglied. — Bruno Schweinik, Nikolaistraße 7 II.

In Maltersdorf der Seher Jakob Müller, geb. in Maltersdorf 1893, ausgl. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — In Schongau der Seher Joseph Fröh, geb. in Röhling 1893, ausgl. in Schongau 1910; war noch nicht Mitglied. — Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.

In Münster i. W. der Seher Franz Pelster, geb. in Münster 1872, ausgl. das. 1890; war noch nicht Mitglied. — W. Weisler, Sternstraße 23.

In Springe der Seher Heinrich Waas, geb. in Hannover 1893, ausgl. das. 1911; war noch nicht Mitglied. — W. Rosenbruch in Hannover, Kohnstraße 12.

In Wanne der Seher Ludwig Schwabe, geb. in Schwabenroth 1888, ausgl. in Wiesfeld 1906; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wemelschauer Straße 42.

In Zabern der Schweizerdegen Hans Greulich, geb. in Heidelberg 1887, ausgl. das. 1905; war noch nicht Mitglied. — Ernst Kallmich in Straßburg, Freiburger Gasse 3.

In Prag der Seher Gustav John, geb. in Ropnitz 1874, ausgl. in Ströhlen 1893; war schon Mitglied. — Carl Kruker, Schneekogasse 599 II.

Sauberverwaltung. Bericht vom Monate Juni 1911.

a) Auf der Reise: Übernommen vom vorhergehenden Monate 460 Mitglieder, aus Kondition kamen 377, aus gegenseitigen Vereinen 194 (88 Verbands- und 106 gegenseitige Mitglieder, und zwar aus Dänemark 3 Verb.- und 14 gegenf. Mitgl., aus Frankreich 4 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., aus Holland 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus Österreich 59 Verb.- und 73 gegenf. Mitgl., aus Schweden 1 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., aus der Schweiz 19 Verb.- und 16 gegenf. Mitgl.), aus konditionslosen Luftschiffe kamen 170, krank waren 16, zusammen 1217 Mitglieder (1034 Verb.- und 183 gegenf. Mitglieder, hierunter 1 Bulgare, 27 Dänen, 2 Finnen, 1 Franzose, 9 Kroaten,

2 Luxemburger, 91 Österreicher, 1 Serbe, 9 Schweden, 8 Schweizer (deutsche), 1 Schweizer (romänisch) und 31 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 1217 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 3 bis 5 Beitr., 124 6—12 Beitr., 246 13—49 Beitr., 197 50—74 Beitr., 134 75—99 Beitr., 178 100—149 Beitr., 292 150—499 Beitr., 32 500—749 Beitr. und 11 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. — Es traten wieder in Kondition 209 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 293 (214 Verb.- und 79 gegenseitige Mitglieder, und zwar nach Amerika 1 Verb.-Mitgl., nach Dänemark 25 Verb.- und 13 gegenf. Mitgl., nach Frankreich 9 Verb.- und 2 gegenf. Mitgl., nach Holland 3 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Luxemburg 1 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach Österreich 147 Verb.- und 56 gegenf. Mitgl., nach Schweden 2 Verb.- und 1 gegenf. Mitgl., nach der Schweiz 26 Verb.- und 6 gegenf. Mitgl.), bei Schluß des Berichts verblieben konditionslos am Orte 72, krank wurden 10, ausgeseuert 1, in Haft genommen 1, auf der Reise verblieben 631, zusammen 1217 Mitglieder, und zwar 948 Seher, 256 Drucker, 3 Gelehrte, 5 Stereotypenre, 4 Galvanoplastiker und 1 Korrektor. Außerdem waren nach den Angaben der Reiseverwalter 26 Nichtbezugsberechtigte (darunter 8 Dr.) und 14 ausgeseuerte (darunter 4 Dr.) auf der Reise. — Es wurden vorausgibt: In 669 Mitglieder für 10882 Reisetage (grüne Leg.) à 1 Mk. = 10882 Mk., an 548 Mitglieder für 8360 Reisetage (weiße Leg.) à 1,50 Mk. = 12540 Mk., an Porto 18,20 Mk., an Remuneration 383,90 Mk., in Summa 23824,10 Mk., hieron 20560,60 Mk. an Verbands- und 3263,50 Mk. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 6 Mk. an Bulgaren, 514 Mk. an Dänen, 57 Mk. an Finnländer, 5 Mk. an Franzosen, 171,50 Mk. an Kroaten, 59,50 Mk. an Luxemburger, 1531 Mk. an Österreicher, 4 Mk. an Serben, 122,50 Mk. an Schweden, 155,50 Mk. an Schweizer (deutsche), 42 Mk. an Schweizer (rom.) und 518 Mk. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1911 an 1217 Mitgl. 1924 Tage = 23824,10 Mk.
1910 „ 1324 „ 21835 „ = 27229,45 „
wenig. 1911 an 107 Mitgl. 2593 Tage = 3405,35 Mk.

b) Am Ort: Übernommen vom vorhergehenden Monate 1241 Mitglieder, neu hinzugekommen 1884, zusammen 3125 Mitglieder; hieron waren berechtigt 803 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 1826 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 306 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 190 Mitglieder bis zu 280 Tagen. — Es traten wieder in Kondition 1409 Mitglieder, gingen auf die Reise 158, wurden krank 19, ausgeseuert 38 (davon 28 mit 70 Tagen und 10 mit 140 Unterstützungstagen), Unterstützung entzogen 1, zu einem andern Verzuge gingen 6, zu einer militärischen Übung 6, selbständig wurden 2, Invalide wurde 1, in Haft genommen 1, im Verzuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 1484 Mitglieder, zusammen 3125 Mitglieder, und zwar 2488 Seher, 589 Drucker, 21 Gelehrte, 16 Stereotypenre, 8 Galvanoplastiker und 3 Korrektoren. — Diese 3125 Mitglieder verteilten sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 248 (darunter München 139, Nürnberg 69, Augsburg und Würzburg je 8, Bamberg 6), Berlin 768, Dresden 141 (darunter Stadt Dresden 130), Elsaß-Lothringen 52 (darunter Straßburg 24, Metz 18, Mühlhausen 10), Erzgebirge-Bohland 46 (darunter Chemnitz 17, Plauen 6), Frankfurt-Heffen 110 (darunter Frankfurt a. M. 82, Kassel 15), Hamburg-Altona 153, Hannover 88 (darunter Stadt Hannover 53, Braunschweig 15, Hildesheim 9), Leipzig 356, Mecklenburg-

Südb. 17 (darunter Lübeck 5), Mittelrhein 124 (darunter Mainz 25, Wiesbaden 19, Darmstadt 13, Heidelberg und Mannheim je 12, Saarbrücken 7, Worms 6, Trier 5), Nordwest 47 (darunter Bremen 27, Oestemünde 9, Oldenburg 7, Oeberrhein 57 (darunter Freiburg 18, Ronfang 17, Karlsruhe 13), Ober 83 (darunter Stettin 16, Rottbus 8, Frankfurt und Potsdam je 6, Eberswalde und Posen je 5), Osterrhein 95 (darunter Erfurt 16, Altenburg 13, Gera und Gotha je 10, Jena und Naumburg je 6), Ostpreußen 30 (darunter Königsberg 18), Posen 15 (darunter Stadt Posen 7), Rheinland-Westfalen 280 (darunter Köln 56, Düsseldorf 37, Aachen 20, Wiesfeld 18, Essen und Koblenz je 16, Oberfeld 15, Warden 10, Dortmund und Krefeld je 8, Bochum 6, Bonn, Duisburg und Gelsenkirchen je 5), An der Saale 163 (darunter Magdeburg 62, Halle a. S. 35, Dessau 8, Reiz 7, Halberstadt a. S. 5), Schlesien 129 (darunter Breslau 70, Kattowitz 12, Wagnitz 6, Gorkitz, Girschberg und Neisse je 5), Schleswig-Holstein 26 (darunter Kiel 14, Flensburg 7), Westpreußen 22 (darunter Danzig 14), Württemberg 75 (darunter Stuttgart 58). — Es wurden vorausgibt: An 803 Mitglieder für 13367 Tage à 1,50 Mk. = 20050,50 Mk. und an 2322 Mitglieder für 42998 Tage à 1,75 Mk. = 75246,50 Mk., in Summa 95298 Mk. (einschl. für 4 Tage Nachzahlung à 25 Pf.). — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1911 an 3125 Mitgl. 56365 Tage = 95298 „ Mk.
1910 „ 3006 „ 46372 „ = 78148,75 „

mehr 1911 an 119 Mitgl. 9993 Tage = 17149,25 Mk.
Die Ausgabe von 95298 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gauen wie folgt: Bayern 8739,75 Mk., Berlin 20888 Mk., Dresden 3977 Mk., Elsaß-Lothringen 1863,50 Mk., Erzgebirge-Bohland 1596,25 Mk., Frankfurt-Heffen 3774,75 Mk., Hamburg-Altona 4701,75 Mk., Hannover 2523,75 Mk., Leipzig 13359,75 Mk., Mecklenburg-Südb. 435 Mk., Mittelrhein 4006,50 Mk., Nordwest 1004,50 Mk., Ober 1051 Mk., Ober 2170,25 Mk., Osterrhein 3167,25 Mk., Ostpreußen 798,25 Mk., Posen 399,75 Mk., Rheinland-Westfalen 7957 Mk., An der Saale 5703,50 Mk., Schlesien 4169,25 Mk., Schleswig-Holstein 683,50 Mk., Westpreußen 742,75 Mk. und Württemberg 1585 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate Juni

1911 an 4342 Mitgl. 75607 Tage = 119122,10 Mk.
1910 „ 4380 „ 68207 „ = 105378,20 „

mehr 1911 an 12 Mitgl. 7400 Tage = 13743,90 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (75607) sind daher 2520 Mitglieder (gegen 2274 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat Juni hindurch im Bezuge von Arbeitslosenunterstützung gewesen.

Gesamtausgabe im zweiten Quartale (April bis Juni):

1911: 239547,55 Mk. für 150872 Tage
1910: 244876,45 „ „ 153814 „

weniger 1911: 5328,90 Mk. für 2942 Tage.
(ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Versammlungskalender.

Eberfeld. Versammlung Samstag, den 19. August, abends 8½ Uhr, im „Balkonsaal“, Homburger Straße 6.
Erfurt. Versammlung Freitag, den 18. August, abends 8 Uhr, im „Licht“.
Essen. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. August, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Zur Bürgerhalle“, Rottstraße 19.

Allgemeine Korrektorenversammlung in Leipzig

Sonntag, den 20. August, vormittags 10½ Uhr, im Restaurant „Johannistal“, Hospitalstraße 22, mit dem Vortrage des Kollegen H. Schiemer:

Der Korrektorenberuf in seinen allgemeinen und organisatorischen Beziehungen.

Hieraus findet eine kollegiale Aussprache statt. — Alle Korrektoren und Bewisoren sowie alle mit Korrektorentesen beschäftigten Personen laden wir zu dieser Versammlung freundlichst ein. [537]

Der Vorstand des Leipziger Korrektorenvereins.

Zwecken erschienen:

Führer durch die deutsche Reichsversicherungsordnung.

Bearbeitet vom Arbeitersekretär Kollegen Otto Wihlan (Leipzig). — Preis 1 Mk.; für Gewerkschaftsmitglieder 50 Pf. [439]

Leipzig: W. Melanchthonstraße 6.

Berlag H. Gütther.

Tüchtige Aktzidenzsetzer

mit gutem Geschm., im Entwurfe von Drucksaften bewandert, wird von größerer Zeitungsdruckerei der Wiederaufbau bei gutem Lohn gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und event. einigen selbst gefertigten Arbeiten sowie Angabe des Eintrittstermines unter Nr. 533 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. [636]

Tüchtiger Stempelschreiber

mit tüchtiger, erste Kraft der selbständig arbeitet, bei hohem Lohn in dauernde Stellung gesucht. Offerten erb. an die Stempelschreiberei Hafer & von Stein, Frankfurt a. M. [636]

Schriftzeichner

Stempelschneider, mit längerer Praxis im Schriftzeichnen und Fertigmachen in gutbezahlter, dauernde Stellung gesucht. Werte Offerten unter B. H. 512 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb. [636]

Tüchtige Schriftgießer

für große Regel, an Komplettschiffen, in dauernde Kondition gesucht. J. John Söhne, Hamburg. [517]

Galvanoplastiker

tüchtiger Richter und Fortigmacher, selbständiger Arbeiter, zum möglichst baldigen Antritte gesucht. Werte Angebote mit Lohnansprüchen, Altersangabe und Referenzen erbeten an J. Ch. Zanker, Schriftgießerei, Nürnberg. [542]

Schriftstasche

Kupferstichstasche aus galvanisch. Wäbern, wird gekauft. Off. unter Nr. 601 durch die Geschäftsstelle dieses Blatts. [541]

H. MATHAEUS DESSAU
Flossergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Am 9. August verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzer
Emil Heine
im 81. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Verbandsmitglieder der Firma H. O. Perschke, Hamburg. [543]

Am 9. August verstarb unser wertiges Mitglied, der Setzer
Emil Heine
aus Breslau, im Alter von 80 Jahren.
ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona. [540]

Am 9. August verstarb unser wertiges Mitglied, der Setzer
Emil Heine
im 81. Lebensjahr. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Liedertafel Guttenberg von 1877, Hamburg-Altona. [541]

Deutsches Buchdrucker-Liederbuch
II. Auflage: 264 Seiten: Mitarbeiter in dem ganzen Reich: handeld:
Abdruck nur mit Verfassers- u. Quellenangabe
Herausgeber Willi Krahl: Verlag Radelli & Nille

Todesanzeige.
Am 10. August verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser wertiges Mitglied, der Setzer
Paul Wolter
aus Zeddenschütz, im Alter von 20 Jahren.
Sein Andenken wird in Ehren halten
[544] Der Ortsverein Köln (V. d. D. B.).

Am 9. August verstarb unser lieber Kollege, der Setzerinvalide
Karl Schmidt
aus Gasschwitz, im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Verbandsmitglieder der Firma Aug. Pries, Leipzig. [539]